

**II-1436 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

**Nr. 829 IJ**

**1991-04-11**

**A N F R A G E**

=====

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl  
 und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
 betreffend Bau der Anschlußstelle Schönberg.

Im Zuge eines Anhörungsverfahrens wurde den Bürgern der Gemeinde Schönberg am 4. April 1991 und jenen der Gemeinde Mieders am 5. April 1991 die geplante Baumaßnahme im Bereich der Anschlußstelle Schönberg der Brenner-Autobahn vorgestellt.

Das Projekt betrifft den Umbau der Mautstelle Stubai 3 in Form einer Verlegung der Mautstelle und einer Neugestaltung der Zu- und Abfahrt. Zu bemerken ist auch, daß die Mitglieder der Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden von den ursprünglich vier Varianten nur die letztendlich derzeit favorisierte vorgestellt erhalten haben.

Bei der genannten Veranstaltung in Mieders wurde übereinstimmend die Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung der Gemeinde Schönberg betont und die Notwendigkeit der Entlastung vom Verkehr und der Setzung lärmindernder Maßnahmen anerkannt. Allerdings wurde dabei auch eingewandt, daß durch eine solche Baumaßnahme eine absolute Belastungsverminderung angestrebt werden muß und eine Verschiebung der Belastungen abgelehnt wird. Im genannten Anhörungsverfahren wurden diesbezüglich vor allem folgende Einwände vorgebracht:

Im Gemeindegebiet von Mieders werden durch Rückstaus neue Belastungen entstehen;

einige Häuser im Gemeindegebiet von Schönberg werden durch die Realisierung dieses Projektes wesentlich stärker belastet als bisher; der öffentliche Busverkehr nach Innsbruck erfährt eine große Behinderung durch eine wesentliche Verlängerung des Fahrweges und damit einer Erhöhung der Fahrzeiten;

die große Zahl an Autofahrern, die vom Wipptal kommend auf die Autobahn Richtung Innsbruck fahren, belastet durch die Fahrwegausdehnung verstärkt das Ortsgebiet von Schönberg bis zur Gemeindegrenze nach Mieders.

All diese Gründe haben den Gemeinderat von Mieders veranlaßt, sich einhellig gegen das Projekt auszusprechen.

- 2 -

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinden des Stubaitales derzeit an einem Verkehrsberuhigungskonzept arbeiten, das im Herbst 1991 fertig sein wird. Eine Abstimmung zwischen der geplanten Baumaßnahme und diesem Konzept ist unerlässlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

A n f r a g e

1. Teilen Sie die Auffassung der Fragesteller, daß bei der Realisierung dieses Projekts für die Bürger beider betroffenen Gemeinden Verbesserungen anzustreben und Verschlechterungen der Umwelt- und Lebensbedingungen zu vermeiden sind ?
2. Werden Sie veranlassen, daß unter Zugrundelegung aller bisher erarbeiteten Varianten und unter Heranziehung der Grundsätze des Bürgerbeteiligungsverfahrens der Koalitionsvereinbarung die Gemeinderäte und die Bürger zu neuerlichen Beratungen über eine für alle Teile zufriedenstellende Variante eingeladen werden ?